

Thomas Seifert

DIE PAZIFISCHE EPOCHE

Wie Europa gegen die neue
Weltmacht Asien bestehen kann



Deuticke



Deuticke E-Book

Thomas Seifert

DIE PAZIFISCHE EPOCHE

**Wie Europa gegen
die neue Weltmacht Asien
bestehen kann**

Deuticke

ISBN 978-3-552-06289-4

Alle Rechte vorbehalten

© Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2015

Satz: Eva Kaltenbrunner-Dorfinger, Wien

Umschlag: Lübbeke Naumann Thoben, Köln

Foto: Series Totems, Totem #4, 2009–2011 © Alain Delorme

Unser gesamtes lieferbares Programm und viele andere Informationen

finden Sie unter www.hanser-literaturverlage.de

Erfahren Sie mehr über uns und unsere Autoren auf

www.facebook.com/ZsolnayDeuticke

Datenkonvertierung E-Book: le-tex publishing services GmbH, Leipzig

INHALT

Prolog

DIE VERGANGENHEIT. VON DER ATLANTISCHEN ZUR PAZIFISCHEN EPOCHE

DIE GEGENWART. DIE DREI KRISEN DES WESTENS UND WAS ASIEN DAMIT ZU TUN HAT

Die Krise des Kapitalismus

Die Krise des Parteienstaats und Postdemokratie

Die Krise der globalen Steuerungssysteme

DIE ZUKUNFT. DIE PAZIFISCHE EPOCHE

Generation i.ndien

Von der Generation Mao zur Generation Me

Bballi-Bballi in Seoul

Singapur: Glitzermetropole mit Demokratiedefizit

Danksagung

Anmerkungen

Prolog

Als die Ökonomen des Internationalen Währungsfonds im Oktober 2014 die neuen Daten des World Economic Outlook präsentierten, steckte darin eine Sensation: China hat die USA 2014 als größte Wirtschaftsmacht abgelöst. Das Bruttoinlandsprodukt Chinas betrug im Jahr 2014 17,6 Billionen Dollar verglichen mit 17,4 Billionen Dollar für die USA. Und China zieht auch 2015 und in den darauffolgenden Jahren weiter davon – es handelt sich um die größte Verschiebung globaler Macht seit dem Ersten Weltkrieg.

1815, nach den Napoleonischen Kriegen und dem Ende des Wiener Kongresses am 9. Juni, war Großbritannien zur Führungsmacht der Welt aufgestiegen, das britische Imperium reichte von Australien über Teile des heutigen Malaysia, Indien, dem Kap der Guten Hoffnung und Sierra Leone an der Westküste Afrikas bis nach Kanada. Das britische Pfund war die globale Leitwährung, London der wichtigste Finanzplatz der Welt. In den 1870er Jahren überholten die Vereinigten Staaten Großbritannien wirtschaftlich, aber erst nach dem Ersten Weltkrieg übernahmen die USA die Führungsrolle in der westlichen Welt. Nachdem der Zweite Weltkrieg den europäischen Kontinent, Japan und weite Teile von China und Asien verwüstet hatte, war Japan geschlagen, Deutschland am Boden, Frankreich und Großbritannien erschöpft, und Osteuropa in den Orbit der Sowjetunion geraten.

Die USA waren der Haupt-Architekt der neuen Weltordnung. In Bretton Woods wurde die Weltwirtschaft neu geordnet, die Vereinten Nationen sollten das zentrale Forum der Weltpolitik werden. Der britische Ökonom John Maynard Keynes hatte damals die Vision einer Weltwährung »Bancor«¹, doch die USA setzten sich durch, und der Dollar wurde Welt-Reservewährung, der Sturz des britischen Pfunds vom Thron der Weltwährung hatte schon zuvor begonnen. Nach Bretton Woods war er irreversibel. Der französische Präsident Charles de Gaulle machte die Dollar-Dominanz in den Sechzigern in Pressekonferenzen zu seiner *cause célèbre*,

die USA würden ein »exorbitantes Privileg« genießen, meinte sein Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing.² Denn wenn alle Welt Dollars halten muss, dann ist das wie ein zinsfreier Kredit für die USA. Die USA konnten stets Geld zu einem niedrigeren Zinssatz borgen als der Rest der Welt. Der Finanzminister John Connally meinte Anfang der siebziger Jahre auf die Frage eines ausländischen Journalisten zum Dollar: »Er ist unsere Währung, aber euer Problem.« Zuletzt argumentierten Ökonomen, dass der Dollar zu einer »exorbitanten Bürde« für die USA geworden sei, weil Länder wie China – und die meisten anderen Überschussländer, also auch Deutschland – massiv in Dollar-Anleihen investiert sind und dadurch den Dollar-Kurs hochdrücken, womit das Leistungsbilanzdefizit, Arbeitslosigkeit und Schulden in die Höhe schnellen.³ Die Jahre von 1945 bis 1989 waren dominiert vom Block-Konflikt zwischen den USA und der UdSSR. In den westlichen Nationen gab es einen unausgesprochenen Gesellschaftsvertrag, nach dem die Arbeitnehmer entsprechend den Profiten der Unternehmen Lohnsteigerungen erhalten. Großzügige Sozialstaaten waren Symbole der Überlegenheit des westlichen Systems.

Das Weltfinanzsystem war fragmentiert, Länder wie Indien und China, aber auch die Staaten Südostasiens, Lateinamerikas und Afrikas waren nicht voll in das globale Finanzsystem integriert. Es war eine ruhige Zeit an den Weltmärkten.

1979 kam das Jahr der liberalen Wende: Nach dem Tod von Mao Zedong in China wurde der Wirtschaftsreformer Deng Xiaoping neuer Machthaber, er beendete 1979 die selbstgewählte Isolation des Landes und legte den Grundstein für die heutige wirtschaftliche Macht Chinas. Mit dem neuen Machthaber und der konservativen Wende von Margaret Thatcher (sie wurde 1979 Premierministerin Großbritanniens) und Ronald Reagan (er wurde 1980 zum Präsidenten gewählt) dämmerte das Zeitalter des »Ich« herauf. Darauf folgte 1989 ein Jahr der Revolutionen und Umbrüche, in Berlin fiel die Mauer, die Zäune zwischen Ost und West wurden durchtrennt, der Osten konnte sich aus dem Orbit der Sowjetunion lösen. Es war die Zeit der Freiheit.⁴ Die USA hatten nach dem siegreich geschlagenen Zweiten Weltkrieg den nächsten Erfolg errungen, die Unterstützung der Solidarność-

Bewegung in Polen und der gegen die Sowjets kämpfenden Mudschaheddin durch die USA trug genauso zum Untergang der Sowjetunion bei wie eine konzertierte Aktion der USA und Saudi-Arabiens, die den Ölpreis 1986 von 26,8 auf unter zehn Dollar drückte. Letzteres eine Politik, die auch heute wieder mit großem Erfolg gegen den Nachfolgestaat der Sowjetunion, Russland, eingesetzt wird.

Auch in China gingen die Menschen auf die Straße, ein Besuch des sowjetischen Perestroika- und Glasnost-Präsidenten Michail Gorbatschow motivierte die Studentenbewegung, am Tian'anmen-Platz für Freiheitsrechte zu demonstrieren. Der Liberale Ex-Premier und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas Zhao Ziyang hatte Verständnis für die Forderungen der Studenten, doch Chinas starker Mann Deng Xiaoping ließ die Proteste niederwalzen.

Nach dem Mauerfall 1989 oder spätestens mit dem Ende des ersten Irakkrieges begann das unbeschwerte Zeitalter des Optimismus⁵ und für die USA die Jahre der unumschränkten Hypermacht. Die Sowjetunion – der Erzfeind des Westens – war 1991 kollabiert, im selben Jahr gliederte sich Indien in den globalen Markt ein. Das Zauberwort jener Jahre lautete Globalisierung. Und selbst das Schlachten am Balkan konnte den europäischen Integrationsprozess, der in diesen Jahren mit Volldampf lief, nicht bremsen.

Erste Risse im Wirtschaftssystem waren aber schon spürbar: Der Börsencrash vom 19. Oktober 1987 – Black Monday – war der erste Börsenkrach nach dem Zweiten Weltkrieg, der Dow Jones fiel um 22,6 Prozent. Finanzkrisen kamen mit immer rascherer Regelmäßigkeit: Zuerst platzte 1992 die japanische Immobilienblase, dann schlitterte 1994 Mexiko in eine schwere Wirtschaftskrise, dann Asien 1997/98, und schließlich erklärte Russland 1998 den Staatsbankrott. Der Kollaps des Hedgefonds Long-Term Capital Management (LTCM) 1998 hätte beinahe die Weltwirtschaft mit in den Abgrund gerissen. Im selben Jahr dann die große Depression in Argentinien. 2001 platzte die Internetblase, und am 15. September 2008 kollabierte mit der Investment-Bank Lehman Brothers beinahe das Weltfinanzsystem. Das Zeitalter des Optimismus war definitiv ebenso vorbei

wie der unipolare Moment für die USA oder die EU-Phorie für die Europäische Union.

Was die Welt seither erlebt, ist eine Welle der Deglobalisierung, der Rückkehr des Nationalismus und der egoistischen Kleinstaaterei in Europa samt von Großbritannien angefachter Zerfallserscheinungen der EU. Völlig paralyisierte und polarisierte Vereinigte Staaten. Eine vom Irak-Debakel und den Misserfolgen in Afghanistan demoralisierte US-Militärstreitmacht. Auf den Arabischen Frühling folgten die Reaktion und Restauration des Militärregimes in Ägypten, Libyen versinkt im Chaos, und der Bürgerkrieg im Irak und Syrien metastasierte zu einem schrecklichen regionalen Krieg im Nahen Osten, der irgendwann zu einem katastrophalen direkten Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien ausarten könnte.

Die Rückkehr mächtiger Führungsfiguren mit autokratischen Zügen auf die Weltbühne wie Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdoğan oder Xi Jinping ist ein weiteres beunruhigendes Signal. Ebenso wie die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Österreich, Ungarn, in einigen skandinavischen Ländern, Frankreich und nun auch in Deutschland. Der dahinköchelnde Bürgerkrieg in der Ukraine und die schleichende Auferstehung des Kalten Krieges zwischen Russland und dem Westen. All das sind beunruhigende Alarmsignale für diese Ära der neuen Weltunordnung.

Von der Geschichte der atlantischen Epoche handelt der erste Teil des Buches.

Der Westen steckt nun in einer Dreifach-Krise: einer Krise des westlichen Finanzkapitalismus, der Krise der westlichen Parteiendemokratie und der Krise des globalen Steuerungssystems.

Finanzkapitalismus, Parteiendemokratie und das globale Steuerungssystem mit den Bretton-Woods-Institutionen IWF, Weltbank und WTO sowie den Vereinten Nationen sind ebenfalls vom Westen ersonnen worden. Ist es Zufall, dass sich die Triple-Krise gerade jetzt entfaltet? Oder hat sich der Übergang von der atlantischen zur pazifischen Epoche nicht schon länger abgezeichnet? Diese Transitionsphase von der atlantischen zur pazifischen Epoche ist Inhalt des zweiten Teils dieses Buches.

Während der Großen Depression ab dem Jahr 1929 haben die Menschen das Vertrauen in die Märkte verloren und begonnen, den Staat nach Empfehlungen von John Maynard Keynes als Retter in der höchsten Not zu sehen. Als dann die Kombination aus Stagnation und Inflation in den siebziger Jahren die Wirtschaft lähmte, schwand das Vertrauen in den Staat, die Regierungen setzten in den achtziger und neunziger Jahren auf ungezügelter Märkte. Als dann 2008 die *Große Rezession* zuschlug, haben die Menschen das Vertrauen in die Märkte erneut verloren, doch ihr Vertrauen, dass der Staat die Probleme lösen kann, war ebenfalls dahin. Die Krise des Kapitalismus hat also direkt in die Krise der Demokratie geführt.⁶ Das Wort von der »Vetokratie« macht die Runde und beschreibt eine USA, deren politisches System durch ein Gewaltenteilungsgewirr kaum mehr zu kollektivem Handeln fähig ist.⁷ Die westlichen Demokratien verkommen zu »Postdemokratien«, wie der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch das nennt: In Postdemokratien werden zwar nach wie vor Wahlen abgehalten, die Wahlkämpfe werden aber von den konkurrierenden Teams der Spin-Doktoren so stark kontrolliert, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommen, bei dem nur über jene Themen diskutiert wird, die die PR-Profis in ihrem Agenda-Setting ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt nur mehr eine passive Zuschauerrolle, die Wählerschaft reagiert nur mehr reflexartig auf die hingeworfenen Wort-Brocken. Im Schatten einer solchen Wahlkampf-Inszenierung wird dann Politik hinter verschlossenen Türen gemacht.⁸

Das globale Steuerungssystem ist seit langer Zeit dysfunktional: Wie kann etwa der UN-Sicherheitsrat Legitimität genießen, wenn Indien oder Indonesien, Südafrika oder Nigeria, Brasilien und Argentinien keinen Sitz in diesem wichtigsten Gremium der Welt haben? Wie kann China dem Internationalen Währungsfonds vertrauen, wenn Europa den Posten des IWF-Direktors als europäische Erbpacht versteht und die USA ein faktisches Vetorecht genießen? Wie können andere Entwicklungsländer der Weltbank vertrauen, wenn der Weltbank-Präsident vom jeweiligen US-Präsidenten eingesetzt wird? China setzt seit einiger Zeit auf Parallelstrukturen zu

Weltbank und IWF, und die G20 der wichtigsten zwanzig Wirtschaftsmächte übernehmen immer mehr Aufgaben.

Wie geht es also weiter? Die Konturen der pazifischen Epoche lassen sich bereits erahnen, das Schwergewicht der Weltwirtschaft wandert Richtung Osten. Das hat auch für Europa und die USA Auswirkungen: Denn die Vereinigten Staaten sind nicht nur eine atlantische, sondern auch eine pazifische Macht. Die Westküste – bereits heute der Motor wirtschaftlicher Dynamik und Innovation in den USA – wird noch weiter an Bedeutung gewinnen. Ebenso könnten der Südosten und Osten Europas eines Tages von einer Landverbindung nach China profitieren, auch logistische Knotenpunkte könnten dort entstehen. Denn ein Verladen von Containern auf die Schiene für den Transport etwa nach Süddeutschland macht in Zukunft von Genua, Triest oder Koper (Slowenien) mehr Sinn als von Rotterdam, wo das Containerschiff durch das Mittelmeer und den Nordatlantik schippern muss. Gibt es eines Tages eine Hochleistungseisenbahnstrecke von Piräus in Griechenland über den Balkan nach Österreich oder von Brindisi oder Bari in Italien über die Schweiz oder Österreich nach Frankreich oder Deutschland, kann der Transport in bestimmte Teile Europas um mehr als eine Woche verkürzt werden. Diese Infrastruktur-Herausforderung muss Europa annehmen.

Die EU muss eine eigenständigere Außenpolitik (vor allem auch Asien-Politik) betreiben, denn die Vereinigten Staaten und Europa haben in dieser Region jeweils ihre eigenen Interessen. Deutschland, die Niederlande, Spanien und Italien können etwa gegenüber China eine positive Leistungsbilanz vorweisen, während die USA ein Leistungsbilanzdefizit von fast hundert Milliarden Dollar mit China aufweisen. Der Beginn der pazifischen Epoche heißt für den Westen aber auch, den wild gewordenen Finanzkapitalismus wieder zu zähmen und die Demokratie mit neuem Leben zu erfüllen. Das dräuende Ende der westlichen Hegemonie legt dem Westen zudem nahe, sich bereits heute auf die Welt von morgen einzustellen und die Reformen an einem multilateralen System mit Hochdruck voranzutreiben, solange Europa und die USA überhaupt noch Gehör finden. Die Blockadehaltung der USA, dem aufsteigenden China seinen Platz in den

Bretton-Woods-Organisationen zu verweigern, ist ein Kardinalfehler. Das Reich der Mitte und die anderen aufstrebenden Länder Asiens werden sich auf Dauer schlicht nicht mit einer ihnen vom Westen zugedachten minderen Rolle in der sogenannten »internationalen Staatengemeinschaft« zufriedengeben.

Aber das pazifische Zeitalter (das gilt für die Länder des benachbarten Indischen Ozeans genauso) ist nicht nur eine Ära wirtschaftlicher Veränderungen und gewaltiger Verschiebungen in der geopolitischen Plattentektonik: Eine lebendige Jugendkultur ist am Entstehen, und die Länder Asiens geben sich längst nicht mehr mit der Rolle einer verlängerten Werkbank zufrieden. Einige reportagehafte Episoden aus dem jungen, innovativen und kreativen Asien mit allen Problemen und Herausforderungen, aber auch mit aller Energie und allem Elan, bilden schließlich den dritten Teil des Buches.

Das Faktum, dass China nun die Nummer eins in puncto Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten ist, bedeutet nicht, dass dieser Erfolg Chinas zulasten Europas oder der USA gehen muss. Die Weltwirtschaft ist kein Nullsummenspiel, wie der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz gerne sagt. Europa hat bewiesen, dass es Exportchancen nach Asien zu nutzen versteht. Europa hat den Ländern Asiens Lösungen für die Umweltprobleme, Verkehrsprobleme und die Schaffung sozialer Sicherungssysteme anzubieten, die kein anderer Wirtschaftspartner – mit der Ausnahme Japans – anzubieten hat. Der Westen muss die Welt wieder von der Überlegenheit von Demokratie und Marktwirtschaft überzeugen. Das kann aber nur funktionieren, wenn die real im Westen gelebte Demokratie und Marktwirtschaft auch glaubwürdig sind und nicht zu Postdemokratien verkommen und der Markt nicht zu einer Arena der Gier pervertiert. Es kommt nicht von ungefähr, dass Stiglitz daran erinnert, dass China 500 Millionen Menschen aus der Armut geholt hat, während die Mittelschicht Amerikas stagniert oder von Abstiegsängsten geplagt ist.⁹ Es bedarf einer westlichen Renaissance. Die Krise von 2008 hätte dazu eine Chance geboten: Das chinesische Wort für Krise (Wēijī) besteht schließlich aus zwei Schriftzeichen: Wēi – 危 – steht für Gefahr oder Risiko, Jī – 机 – für Chance

oder Gelegenheit.¹⁰ Rahm Emanuel, damals Stabschef im Weißen Haus, hatte folgenden Ratschlag parat: »Never let a serious crisis go to waste – vergeude nie eine schwere Krise.«¹¹ Leider wurde sie vertan.

Die Vergangenheit. Von der atlantischen zur pazifischen Epoche

Die atlantische Epoche begann am 12. Oktober 1492 mit der Landung von Christoph Kolumbus auf den Bahamas. Europas Imperien fanden mit Amerika ein riesiges Hinterland, das sie unterwerfen und ausplündern konnten. Im Schnelldurchlauf weiter auf der Zeitleiste: Die Kolonien des Empire in Neuengland erklärten am 4. Juli 1776 ihre Unabhängigkeit, und damit trat die atlantische Epoche in eine neue Phase ein. Nun begann die industrielle Revolution, und die Vereinigten Staaten von Amerika entstanden als unabhängiger Staat. Diese beiden atlantischen Mächte, die Nationalstaaten Europas (allen voran Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Spanien, Portugal, die Habsburger und nach der Reichsgründung 1871 auch Deutschland) und später die USA, würden bald den gesamten Erdball dominieren. Der Erfolg Westeuropas gründete auf den »drei R«: Renaissance, Reformation und industrieller Revolution. Die Renaissance legte den Grundstein für die geistige und kulturelle Wiedergeburt Europas nach dem Mittelalter, Reformation und die Erfindung des Buchdrucks brachten eine spirituelle Emanzipation von den rückschrittlichen Lehren der verkrusteten katholischen Kirche, und die industrielle Revolution führte zu einer Explosion der Produktivität in Europa.

Die industrielle Revolution schuf die Basis der Dominanz Europas für die nächsten 300 Jahre. Denn ein gewisser Thomas Newcomen stellte 1712 in Dudley, England nach zwölf Jahren des Experimentierens eine erste, halbwegs funktionsfähige Dampfmaschine fertig und legte damit den Grundstein für eine Reihe bahnbrechender Innovationen. Die Dampfmaschine wurde zum Motor einer vom Westen dominierten, globalisierten Welt. »Und so ging es denn weiter, vorwärts in eine schöne und auch weniger schöne neue Welt mit höheren Einkommen und billigeren

Waren, mit vormals unbekannten Instrumenten und Materialien, mit unstillbaren Gelüsten. Neu, neu, neu. Geld, Geld, Geld. [...] Die Welt hatte sich wie ein Schiff aus der Vertäuung losgerissen«, schreibt Harvard-Professor David Landes über den stürmischen Aufstieg des Westens und den Beginn der zweiten Phase der atlantischen Epoche.¹

Die industrielle Revolution war jener Treibsatz, der den Westen davonziehen ließ: »Inder und Chinesen waren die großen Verlierer im Wettlauf zum Wohlstand«, schreibt der Geschäftsführer der deutschen Tageszeitung *Handelsblatt*, Gabor Steingart, in seinem Buch »Wettkrieg um Wohlstand«.² Und weiter: »Das Wissen explodierte, aber nicht bei ihnen. Die Wirtschaft entfaltete sich, aber fernab ihrer Breitengrade.« Der Westen zog mit ungeheurer Geschwindigkeit davon. Bis zum Jahr 1500 waren Inder und Chinesen mit ihrem Pro-Kopf-Einkommen fast gleichauf mit Westeuropa gelegen. Um 1750 – vor Beginn der industriellen Revolution – waren die reichsten Nationen der Welt dann schon rund fünfmal so reich wie die ärmsten Nationen, Europa war rund eineinhalbmals so reich wie China und rund doppelt so reich wie das heutige Indien. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts betrug das Durchschnittseinkommen eines Briten das Siebenfache von jenem eines Durchschnittsindians, 1976 – nach dem Ende der Ära von Mao Zedong und bevor Deng Xiaoping mit seiner Reform- und Öffnungspolitik begann – war das Durchschnittseinkommen in Europa auf das Vierzehnfache des chinesischen Werts geklettert. Der Unterschied zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen der Schweiz, einem der reichsten Länder Europas, und Malawi, der ärmsten nicht-industrialisierten Nation, beläuft sich heute auf satte 355 zu 1.³

Zuvor hing die Produktivität einer Region vor allem von natürlichen Ressourcen wie Wasser, fruchtbarem Ackerland, Wäldern, Klima sowie menschlicher Arbeitskraft ab, erst dann von den wenigen damals verfügbaren Technologien, die nicht besonders ausgeklügelt waren und die Produktivität nur begrenzt steigerten. Die Dampfmaschine hingegen multiplizierte die Produktivität Europas enorm. Jahrhundertlang seien Indien und China die wichtigsten Produzenten und Exporteure hochwertiger Baumwollstoffe gewesen, argumentiert der Globalhistoriker Jürgen

Osterhammel: »Ihnen gegenüber war Europa technologisch unterlegen, eine Peripherie des Welttextilgewerbes. Die technologische Kreativität der Europäer sollte daher nicht als unabhängige Variable und schaumgeborenes Ingenium gesehen werden, sondern als reaktives Bestreben von Spätentwicklern, ihren Rückstand durch Importsubstitution zu überwinden.«⁴

1820 war Europa (Westeuropa 133 Millionen, Europa 169 Millionen Einwohner) bereits zum reichsten Kontinent aufgestiegen, aus dem die Niederlande als reichstes Land hervorragten (BIP/Kopf: 1838 Dollar), Großbritannien war das zweitreichste Land der Welt mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1706 Dollar, der Rest Westeuropas und die britischen Kolonien Kanada, Australien, Neuseeland⁵ sowie die unabhängigen USA kamen auf rund 1100 bis 1200 Dollar pro Kopf. Der erkleckliche Rest der Welt – China hatte damals bereits 318 Millionen Einwohner – landete weit abgeschlagen dahinter mit Pro-Kopf-Einkommen zwischen 500 und 700 Dollar. Afrika war der ärmste Kontinent mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 415 Dollar.

Martin Jacques argumentiert in seinem Buch »When China Rules the World«, dass um 1800 die Alte Welt (inklusive China) zunehmend Schwierigkeiten hatte, die Bevölkerung zu ernähren. Nahrung, Brennstoffe und Baumaterial waren auf den immer knapper werdenden Acker- und Waldflächen immer schwerer zu finden – vor allem im chinesischen Kernland zwischen dem Gelben Fluss und dem Jangtse. Aufgrund der hohen Fruchtbarkeit konnte dort zwar stets eine große Zahl von Menschen leben, was aber aufgrund von Übernutzung der Ressourcen immer schwieriger wurde.⁶ Europa – vor allem Großbritannien – konnte dieses Problem lösen, indem statt Holz Kohle zur Energiegewinnung verbrannt wurde. Und obwohl auch China über beträchtliche Kohlelagerstätten verfügte, waren diese Kohlegruben weit von den Bevölkerungszentren entfernt, die größten im Nordwesten des Landes, weit von der Textilindustrie und den Kanälen des unteren Jangtse-Tals entfernt. Die Kolonien der Neuen Welt, vor allem in der Karibik und in Nordamerika, boten den europäischen Kolonialmächten

zusätzliches Land, die aus Westafrika in die Neue Welt verschleppten Sklaven billige Arbeitskraft.

Das Wachstum der englischen Industriestadt Manchester wäre ohne die Massen an billiger Baumwolle aus den Sklaven-Plantagen unmöglich gewesen. Hätte man das Garn, das in Großbritannien aus der Baumwolle der Neuen Welt gewonnen wurde, aus Schafwolle erzeugt, so wären dazu fast 22,5 Millionen Hektar Agrarflächen im Jahr 1815 und 57,5 Millionen Hektar im Jahr 1830 notwendig gewesen. Man schätzt, dass 1830 in den englischen Kolonien zwischen 62,5 und 75 Millionen Hektar genutzt wurden – das ist eine größere Fläche als das gesamte damals in Großbritannien nutzbare Acker- und Weideland –, um all die Baumwollpflanzen, den Zuckerrohr und die Bäume zu kultivieren, die als Baumwolle, Zucker und Tropenholz nach Großbritannien importiert wurden. »England konnte verhindern, zum Jangtse-Delta zu werden«, argumentiert der Historiker Kenneth Pomeranz, »und die beiden [Großbritannien und China] begannen so unterschiedlich auszusehen, sodass es schwierig geworden ist, zu erkennen, dass sie noch vor nicht allzu entfernter Vergangenheit ziemlich ähnlich waren.«⁷ Die Übernutzung von Ressourcen war für England kein Problem mehr – man bediente sich aus den Kolonien. Die Einkommensschere zwischen Europa und den USA und dem Rest der Welt hat sich seither vergrößert, jene Länder, die 1820 am reichsten waren, sind seither auch am schnellsten gewachsen. Die reichen Länder kommen heute auf ein Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von zwischen 25.000 und 30.000 Dollar, die Länder Asiens und Lateinamerikas liegen zwischen 5000 und 10.000 Dollar, während Afrika (südlich der Sahara) bei nur 1387 Dollar liegt. Europa und die früheren britischen Inseln sind von 1820 bis heute in puncto Pro-Kopf-Einkommen um den Faktor 17 bis 25 davongezogen. Osteuropa und Asien sind von einem geringeren Niveau gestartet und haben ihr Pro-Kopf-Einkommen um den Faktor 10 verbessern können, Südasien (v.a. Indien), der Nahe Osten und der größte Teil Afrikas (südlich der Sahara) waren schon 1820 ärmer als Asien und haben ihr Pro-Kopf-Einkommen seit 1820 nur um das Drei- bis Sechsfache verbessern können.⁸

Ostasien konnte den Trend brechen, dass die reichen Länder seit 1820 viel stärker wuchsen als die armen: Japan war die größte Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts, 1820 war das Land der aufgehenden Sonne arm, konnte aber seither die Einkommensschere schließen, Südkorea und Taiwan schafften den Sprung ebenso, »die Sowjetunion war ein anderer – wenn auch nicht so überzeugender Erfolg. China könnte heute aber das Kunststück wiederholen«, schreibt Robert C. Allen in seinem Buch »Global Economic History«.⁹

Die Industrialisierung in Europa und der gegenläufige Trend, die Deindustrialisierung in Asien, waren die wichtigsten Gründe für diese Divergenz bei den Welteinkommen. Im Jahr 1750 fand noch der Großteil der Weltproduktion von Gütern und Waren in China statt (dreißig Prozent Weltanteil) und im indischen Subkontinent (25 Prozent). Die Pro-Kopf-Produktion war in Asien kleiner als in den reicheren Ländern Westeuropas, aber die Unterschiede waren vergleichsweise gering. Um 1820 steuerte Asien fast sechzig Prozent zur damaligen Weltwirtschaftsleistung bei, im Jahr 1950 waren es weniger als achtzehn Prozent.

Bis 1913 drehte sich das aber komplett um. Der chinesische und indische Anteil der Weltproduktion war bis dahin auf vier beziehungsweise ein Prozent gesunken. Das Vereinigte Königreich, die USA und Europa produzierten nun drei Viertel der Weltproduktion. Die Pro-Kopf-Produktion in Großbritannien war 38 Mal größer als jene Chinas und 58 Mal größer als jene Indiens. Nicht nur, dass britische Produktionen enorm gestiegen waren, die Produktion war in China und Indien im selben Zeitraum in absoluten Zahlen gefallen, weil ihre textil- und metallverarbeitende Industrie von den mechanisierten Fabriken im Westen gegen die Wand gedrückt wurde. Im 19. Jahrhundert wandelte sich Asien vom Produktionszentrum der Welt zu einem unterentwickelten Kontinent, der sich auf die Produktion und den Export von landwirtschaftlichen Produkten verlegen musste.¹⁰

Die Epoche der atlantischen Dominanz

Es bildete sich ein Weltsystem heraus, das von den atlantischen Mächten absolut dominiert war und die einstigen Großreiche China und Indien zu Statisten degradierte.

Der Sieg Großbritanniens über China im Ersten Opiumkrieg 1839 bis 1842 war dafür das sichtbarste Zeichen. China wollte damals britischen Opiumhändlern einen Riegel vorschieben, die Opium aus Britisch-Indien in China auf den Markt brachten – mit Billigung der britischen Krone. Die Engländer bezogen Tee, Seide, edle Stoffe und Porzellan aus China, waren aber nicht bereit, in Silber und mit indischer Baumwolle zu zahlen, sondern mit *Yang Yao* – der ausländischen Droge, wie Opium auf Chinesisch genannt wurde. »Es war ein früher Versuch des Westens, ein Zahlungsbilanzproblem zu beseitigen«, schreibt der Nobelpreisträger und Professor an der New Yorker Columbia-Universität Joseph E. Stiglitz.¹¹ Großbritannien beharrte auf Freihandel und intervenierte militärisch.

Dieser Konflikt endete in einer demütigenden Niederlage für Beijing, die Briten brannten den prächtigen Yuanmingyuan-Sommerpalast von Kaiser Xianfeng am 18. Oktober 1860 nieder. Nach den Worten des britischen Kommandeurs Lord Elgin ein »feierlicher Akt der Vergeltung«, bei dem kein Blut vergossen werden, sondern der »Stolz und die Gefühle« des Kaisers »zerschmettert« werden sollten. In Europa sind der Erste (1839 bis 1842) und der Zweite Opiumkrieg (1856 bis 1860) weitgehend vergessen, in China erinnert man sich aber bis heute daran als den Beginn des »Jahrhunderts der Demütigungen«, in dem China zuerst von den Europäern und dann von Japan unterworfen, filetiert und kolonisiert wurde.

Nach der Niederlage im Ersten Opiumkrieg musste China am 29. August 1842 den »Vertrag von Nanjing« unterzeichnen, in dem Reparationszahlungen in Höhe von 21 Millionen Dollar vereinbart wurden. China wurde darüber hinaus verpflichtet, den Opiumhandel wieder zuzulassen, woraufhin die Opiumlieferungen aus Bombay und Kalkutta sich sofort verdoppelten und innerhalb von zehn Jahren verdreifachten. China musste weitere Häfen für den Handel mit dem Westen öffnen, die Hafenstädte Shanghai, Kanton, Xiamen (Amoy), Fuzhou und Ningbo sollten

westlichen und nicht chinesischen Gesetzen folgen, in Artikel 3 des Vertrags von Nanjing wurde Hongkong an England übertragen.

Japan musste sich fast zur gleichen Zeit dem Westen beugen: Der US-Commodore Matthew Calbraith Perry ankerte im Juli 1853 vor dem Hafen von Uraga, an der Einfahrt zur Bucht von Tokio. Es muss ein furchteinflößender Anblick gewesen sein: Die 2450 Tonnen schwere *USS Susquehanna*, Perrys Flaggschiff, war zwanzigmal größer als das größte Schiff der japanischen Marine. Nur zehn Jahre davor hatten ein paar Tausend britische Matrosen das chinesische Imperium unterworfen, ein Umstand, der den Japanern nicht verborgen geblieben war. »Nun kamen die Barbaren auch zu ihnen. Japan mochte das Land der Götter sein, aber diese Abendländer verfügten über eine Technik, der auch das göttlichste Land nichts entgegenzusetzen hatte«, schreibt der Asien-Redakteur der *Financial Times*, David Pilling.¹² Doch anstatt das Land in eine lange Phase des Niedergangs und des Chaos zu stürzen, rüttelte die Ankunft der Amerikaner das Land auf. Die Japaner mussten gemäß dem am 31. März 1854 zwischen den USA und Japan unterzeichneten Vertrag von Kanagawa die Häfen Shimoda und Hakodate für amerikanische Schiffe zum Laden von Proviant öffnen, zudem wurde von japanischer Seite eine Begünstigung amerikanischer Schiffe und »gute Behandlung« von Amerikanern versprochen. »Nur 15 Jahre nach Perrys Ankunft begann mit der Meiji-Restauration ein grundlegender sozialer und politischer Umbau, der Revolution, Widerstand und Kapitulation in einem war. Japan konnte nicht länger am Rand der Welt in einer Art *splendid isolation* verharren, vielmehr musste es ein Verhältnis zur Außenwelt finden«, schreibt Pilling. Der Erhalt der Nation hatte nun eindeutig Vorrang vor der Bewahrung von Japans Sitten und Gebräuchen, nun war radikaler Pragmatismus angesagt. Die Zeit des Isolationismus war für Japan vorbei, das Land wurde umgekrempelt, das Feudalsystem abgeschafft, die Samurai entwaffnet und Japans Blitz-Industrialisierung vorangetrieben. In Japan veränderte sich alles – um gleich zu bleiben, um den Ausspruch in Giuseppe Tomasi di Lampedusas »Il Gattopardo«¹³ zu zitieren. Japan errang bald eine dominante Position in Ostasien, siegte 1894 im Sino-Japanischen Krieg und erlangte 1895 die

Kontrolle über Taiwan. 1902 unterzeichnete Japan ein Abkommen mit Großbritannien, und 1905 besiegte Japan Russland – zur Überraschung der Europäer und Amerikaner. Bis 1910 hatte Japan Korea formell annektiert und war die expansivste Macht in diesem Teil der Welt geworden.

Im Jahr 1899 kam es in China zum Krieg der Boxer gegen die vereinigten acht Staaten (Deutsches Reich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Russland und die USA) mit dem Ziel, die Vorherrschaft der imperialistischen Mächte zu brechen. Die Boxer (eigentlich »Bewegung der Verbände für Gerechtigkeit und Harmonie«) wurden blutig niedergeschlagen und die Herrscher der Qing-Dynastie gedemütigt. Dies legte den Keim für die Xinhai-Revolution von 1911/12, die das Ende des chinesischen Kaiserreiches brachte, das seit 221 v.Chr. bestanden hatte.

In Europa und den USA wurden die Karten in diesen Jahren ebenfalls neu gemischt: In Nordamerika wurde das Ringen um die Macht in den Vereinigten Staaten zwischen industrialisiertem Norden und agrarischem Süden 1865 mit der Niederlage der Konföderierten im Süden entschieden. Und in Europa waren Großbritannien, Frankreich, Österreich-Ungarn und Russland mit dem Aufstieg Deutschlands konfrontiert: Otto von Bismarck hatte Deutschland durch eine Serie von militärischen Erfolgen gegen Dänemark (1864), Österreich-Ungarn (1866) und Frankreich (1870) geeint und begann, die Führungsmacht Großbritannien herauszufordern. »Der Aufstieg Berlins sollte die Agenda für die nächsten fünfzig Jahre bestimmen, zuerst in den europäischen Hauptstädten und dann auch in Washington«, schreibt Brendan Simms.¹⁴ Ein Boom in Deutschland und Österreich setzte ein, der 1873 zu einer Wirtschaftskrise in den USA führte: Denn bislang strömten enorme Summen von Kapital aus der Alten Welt in die Neue. Da Berlin und Wien aber aufgrund der Gründerzeit-Boom-Jahre nun selbst Kapital brauchten, versiegten die Kreditlinien aus Europa an die US-Banken und Anleihe-Emittenten in Übersee. Vor allem Banken und Unternehmen in Wien hatten sich in Erwartung großer Profite rund um die Weltausstellung, die am 1. Mai 1873 im Wiener Prater eröffnete, hoffnungslos überschuldet.

Das Platzen der Immobilienblase in Wien schwappte bis über den Atlantik und ließ auch die Eisenbahnblase in den USA bersten. Die Zeit des *Fin de*

Siècle war eine Zeit enormen ökonomischen Aufschwungs, aber auch ideologischer Widersprüche, vor allem in Europa: »Es gab die Ansicht der neoklassischen Ökonomen und ihrer Anhänger – dass es mit dem Kapitalismus gut läuft und es weiter gut laufen wird und dass er die Quelle seiner eigenen Erneuerung in sich trägt – bis in alle Ewigkeit. Und dann gab es die parallele und nicht minder modernistische Ansicht, dass der Kapitalismus – ob er damals gegenwärtig blühte oder nicht – ein System war, das zum Scheitern und zum Kollaps verurteilt war – unter der Last der eigenen Konflikte und Widersprüche«, wie der brillante und leider viel zu früh verstorbene britische Historiker Tony Judt im Gespräch mit Tim Snyder sagte.¹⁵ Die zwei Dekaden, die auf die Wirtschaftskrise von 1873 in den USA und Europa folgten, waren die zweite große Zeitspanne der Globalisierung: Die Handels- und Finanzströme zwischen London, Paris, Wien und New York verdichteten sich, London mutierte zur Achse des British Empire, wo die Fäden aus Bombay, Kalkutta, Shanghai, Hongkong und Singapur zusammenliefen. All das kam am 28. Juni 1914 mit den Schüssen auf Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie Chotek in Sarajevo zu einem jähen Ende. 37 Tage später befand Europa sich in einem Krieg, bei dem rund zwanzig Millionen Menschen ums Leben und drei Reiche zu Fall kamen: Österreich-Ungarn, Russland und das Osmanische Reich.

Der Anfang vom Niedergang Europas

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs war ein gewisser John Maynard Keynes ins britische Finanzministerium eingetreten, mit der Aufgabe, Kapital an der Wall Street für die Kriegsanstrengungen der Alliierten aufzutreiben. 1918, nach dem Ende des Krieges, behielt das Ministerium Keynes als Wirtschaftsberater für die Friedensverhandlungen in Versailles. Keynes zeigte sich schockiert über den Verlauf der Gespräche. Er war der Meinung, dass die harten Reparationszahlungen, zu denen die Siegermächte Deutschland vergatterten, die Bevölkerung Deutschlands in Armut stürzen würden – ideale Voraussetzungen für extreme Politik, Revolte oder gar

Revolution. »Anstatt einen gerechten Frieden nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sicherzustellen, dachte Keynes, dass der Friedensvertrag von Versailles den Grundstein für einen Zweiten Weltkrieg legte«, formuliert Nicholas Wapshott.¹⁶ Die Bedenken verhallten ungehört. Keynes blieb nur, sich seinen Frust von der Seele zu schreiben.¹⁷

Deutschland löste das Problem der Reparationszahlungen auf seine Weise – indem die Reichsbank die Schulden in einem gigantischen Tsunami von frisch gedrucktem Geld weginflationierte. Diese Hyperinflation ließ den Kurs der Reichsmark ins Bodenlose purzeln, die Preise für Güter des täglichen Bedarfs stiegen und stiegen. Die Lohnempfänger traf es besonders hart: Bergarbeiterlöhne (sie gehörten damals zu den besten Arbeiterlöhnen) waren seit dem Kriegsende ums 200-Fache gestiegen, die Lebenshaltungskosten aber ums 1500-Fache.¹⁸ Am 1. November 1923 kam mit einer Währungsreform die Erlösung. Die deutsche Wirtschaft erholte sich dank eines Kapitalzustroms aus Übersee nun rasch.

Dann kam 1929 die Große Depression, die nach Meinung der meisten Ökonomen mit einer Überproduktion in der Landwirtschaft ihren Anfang nahm. Eine weitere Ursache ist darin zu sehen, dass die alten, traditionellen Industrien stagnierten, während die neu entstehenden zwar brummten, aber noch nicht bedeutend genug waren, um den Überschuss an Kapital und Arbeitskräften aufsaugen zu können. Die Zwangsjacke der Währungsregulation, der Goldstandard, zu dem die Staaten wieder zurückgekehrt waren, war ebenfalls nicht hilfreich, im Gegenteil: Staaten wie Frankreich oder die USA horteten Gold. Als die Krise nach dem Bankrott der Creditanstalt in Wien in die USA schwappte, machten die Finanzpolitiker dort den Fehler, ihr Heil im »Liquidationismus« zu suchen und reihenweise Unternehmen zu schließen. Was ein rascher Abbau von unrentablen und de facto bankrotten Firmen und ganzen Industrien hätte sein sollen, verschärfte die Krise noch. Sie traf besonders Westeuropa und die anglophonen Länder: Die USA, Kanada und Deutschland verloren – gemessen am Pro-Kopf-Einkommen – sechsmal so viel wie Großbritannien und dreimal so viel wie Frankreich.

Der Crash ließ die Kapitalströme aus Übersee nach Deutschland versiegen. Als Konsequenz erhöhte die Reichsbank die Zinssätze, um Deutschland für ausländisches Kapital wieder attraktiver zu machen – mit dieser Maßnahme wurde aber der letzte Rest Dynamik abgewürgt, die Kapital- und Goldreserven schmolzen nur so dahin. Die wirtschaftliche Abwärtsspirale beschleunigte das politische Wirrwarr: Die Sozialdemokraten, die bisher mitregiert hatten, verließen die deutsche Regierung, die Zentrumspartei regierte mit Heinrich Brüning als Kanzler ab 1930 allein – allerdings mit Duldung der Sozialdemokraten. Brüning mutete Deutschland harte Austeritätsmaßnahmen zu und strich das Budget zusammen. Da die Hyperinflation die Ersparnisse der meisten Deutschen vernichtet hatte, trafen die Sparmaßnahmen die Menschen besonders hart. Bei den Wahlen 1930 kamen die Nationalsozialisten bereits auf erkleckliche 18,3 Prozent – die Wähler strafte die Zentrumspartei und die Brüning duldenden Sozialdemokraten ab. Als die Nazis im Juli 1932 mit einem »wirtschaftlichen Sofortprogramm« in die Wahlauseinandersetzung gingen, erreichten sie 37,3 Prozent. Ihre Slogans: »Arbeitslosigkeit ist die Ursache für Armut, Arbeit schafft Wohlstand« sowie »Kapital schafft keine Arbeitsplätze, Arbeitsplätze schaffen Kapital« verfielen bei den Wählern – schließlich lag die Arbeitslosigkeit bei dreißig Prozent. »Die wiederholten Austeritätspolitik-Runden trugen [...] viel mehr dazu bei, Hitler an die Macht zu verhelfen, als die Inflation zehn Jahre davor«, schreibt Mark Blyth.¹⁹

Austerität zwingt auch Japan in die Knie

In Japan, argumentiert Blyth, trieb man es mit der Austeritätspolitik noch wilder als in Deutschland – mit ähnlich desaströsen Resultaten. Die Bank of Japan schraubte ebenfalls die Zinsen nach oben, um Japan für ausländische Investoren attraktiver zu machen, die Wirtschaft begann zu schrumpfen: um 2,7 Prozent 1922, um 4,6 Prozent 1923 und 2,9 Prozent 1925. Japan wollte zum Goldstandard und dessen fixen Wechselkursen zurückkehren, kostete es,

was es wolle. 1930 war es dann so weit, genau zu jenem Zeitpunkt, als es mit der Weltwirtschaft rasant bergab ging. Das Resultat: die *Showa Depression*, der schlimmste Einbruch der japanischen Wirtschaft in Friedenszeiten. Die Wirtschaft schrumpfte um 9,7 Prozent im Jahr 1930 und um 9,5 Prozent im Jahr 1931, der Yen stieg um rund sieben Prozent im Vergleich zum Dollar – was die japanische Exportwirtschaft kollabieren ließ. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen halbierte sich zwischen 1929 und 1931 auf 650 Yen. Der öffentliche Haushalt stieg in den 1920er Jahren nur leicht an, von 1,2 auf 1,4 Milliarden Yen, wobei die Regierung die Militärbudgets von 47,8 Prozent auf 28,4 Prozent des Gesamtbudgets zusammenstrich. In den Reihen der Armee gärte es deswegen. Premierminister Osachi Hamaguchi wurde im November 1930 von einem fanatischen Unterstützer der Armee angeschossen und starb im Jahr darauf. Das Finanzministerium ließ sich nicht einschüchtern und strich 1931 weitere 28 Millionen Yen aus den Budgets der Armee und der Marine. Der Unmut innerhalb der Generalität gegenüber der Regierung wuchs immer mehr, im Oktober 1931 konnte ein Putschversuch zwar vereitelt werden, doch der Regierung war die Kontrolle über die Armee längst entglitten. Am 18. September 1931 inszenierten zwei japanische Offiziere bei der Stadt Mukden (heute als Shenyang bekannt) einen Sprengstoffanschlag auf die südmandschurische Eisenbahn, den Japan dann China in die Schuhe schob. Dieser sogenannte Mukden-Zwischenfall diente Japan als Vorwand für die Besetzung der gesamten Mandschurei. Die Japaner nannten das Territorium Mandschuguo und installierten dort ein Marionettenregime mit dem abgesetzten chinesischen Kaiser Pu Yi als Galionsfigur. Weder Völkerbund noch die Vereinigten Staaten anerkannten aber die Besetzung der Mandschurei durch Japan – weshalb Japan aus dem Völkerbund austrat.

Der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama argumentiert, dass die Autonomie des Militärs so groß war, dass es weitgehend ohne Kontrolle vonseiten der Regierung operieren konnte²⁰, aber nach und nach half die Regierung japanischen Bauern dabei, Land in der Mandschurei zu besetzen. Tokio hoffte, dort ein riesiges Anbaugelände schaffen zu können. Die Armee drängte die Regierung in Tokio im Dezember 1931 aus dem Amt, ein

militanteres Kabinett wurde eingesetzt. Die größte und bekannteste japanische Militäreinheit, die Kwantung-Armee in der Mandschurei, dehnte ihre Kontrolle nun fast bis vor die Tore von Beijing aus.

Japans Propaganda verkaufte die angestrebte Strategie japanischer Vorherrschaft in Ostasien und dem Westpazifik unter dem Etikett »Zone gemeinsamen Wohlstands in Groß-Ostasien«. Die neue Regierung der bisherigen Oppositionspartei Seiyukai verließ den Pfad des Goldstandards und halbierte im Juli 1934 die Zinsen von 6,57 Prozent auf 3,65 Prozent. Die Regierungsausgaben stiegen um 34 Prozent, Ende des Jahres 1932 waren es zehn zusätzliche Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Preise zogen an, die Schulden sanken, und die Wirtschaft begann wieder zu wachsen, rund vier Prozent zwischen 1932 und 1936.

Am 7. Juli 1937 provozierte die japanische Armee an der Marco-Polo-Brücke bei Beijing ein Feuergefecht zwischen Soldaten der kaiserlich japanischen Armee und der chinesischen nationalrevolutionären Armee der Guomindang. Dieses Ereignis »könnte man vielleicht als den eigentlichen Weltkriegsbeginn ansehen« und nicht – wie aus der Perspektive Europas – den 1. September 1939, argumentiert zumindest der Franzose Raymond Cartier in seinem Klassiker über den Zweiten Weltkrieg: »Als in Europa die Kriegsflagge aufblühte, war China schon seit vielen Monaten ein Feuerherd. Die Japaner hatten die chinesischen Ostprovinzen besetzt und in Nanking eine Satellitenregierung unter der Präsidentschaft des Wang Tsching-Wei, eines früheren Mitschülers Chiang Kai-sheks, gebildet. Obwohl sie jede Gewaltmaßnahme scheuten, sahen die Amerikaner mit größtem Missvergnügen, wie sich die Japaner immer weiter ausbreiteten, und sie taten daher ihr Bestes, um die Chinesen bei ihrem Widerstand zu unterstützen.«²¹

China war ein leichtes Opfer: Das Land war in einem Bürgerkrieg zwischen den Guomindang Chiang Kai-sheks und Mao Zedongs Kommunisten zerrissen und geschwächt. Versuche beider Seiten, sich angesichts der japanischen Bedrohung zu einigen, scheiterten stets – trotz der Vermittlungsversuche der Sowjetunion, die beide Seiten unterstützte. Erst am 29. Mai 1937, nachdem eine halboffizielle Delegation des Zentralen

Exekutivkomitees der Guomindang den Stützpunkt der Kommunisten in Yan'an besucht hatte, wurde der blutige innerchinesische Konflikt beigelegt. Auf dem Empfang, den man den angereisten Guomindang zu Ehren gab, sagte Mao: »In den letzten zehn Jahren waren unsere Parteien nicht geeint; jetzt hat die Lage sich verändert. Wenn unsere Parteien sich jetzt nicht vereinen, wird das Land zugrunde gehen.«²²

Die japanische Armee versicherte Kaiser Hirohito dennoch, dass China in wenigen Monaten unterworfen sein werde. Es begann ein grausamer Feldzug, »die Kaiserliche Armee wütete hemmungslos. Jedoch endete der japanisch-chinesische Krieg nicht mit dem raschen Sieg, den die Generäle in Tokio vorausgesagt hatten. Die abstoßende Gewalt der Angreifer löste erbitterten Widerstand aus«, schreibt Antony Beevor.²³

Mancher im Westen wollte im japanisch-chinesischen Krieg ein Gegenstück zum spanischen Bürgerkrieg sehen: »Linke, die in geringer Zahl das kommunistische Hauptquartier in Yan'an besuchten, stärkten Mao Zedong den Rücken, obwohl Stalins Unterstützung Chiang Kai-shek und der Guomindang galt.«²⁴

Als die Japaner am 13. August 1941 Shanghai, das Zentrum der wirtschaftlichen Interessen Chiang Kai-sheks und angloamerikanischer Investoren, bombardierten, unterzeichnete Generalissimus Chiang Kai-shek am 22. August einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion. Hatte Stalin doch versprochen, China in seinem Kampf gegen den japanischen Angriff zu unterstützen. Gleichzeitig begannen die Nationalisten und die Kommunisten, ihre Kräfte zu bündeln. »Stalin hatte Grund zum Feiern. China war nun – wenn auch nur formal – im Kampf gegen Japan vereint, und das verringerte die Wahrscheinlichkeit eines japanischen Angriffs auf die Sowjetunion ganz beträchtlich.«²⁵

Die chinesische Armee war auf dem Rückzug: Im Juli 1937 fielen Beijing und Tianjin, im November die Hauptstadt der Provinz Shanxi, Taiyuan, und Shanghai. Chiang Kai-shek musste die Hauptstadt ständig weiter landeinwärts verlegen und machte schließlich Chongqing zur Operationsbasis der chinesischen Kräfte.